

*Kommunist sein, bedeutet
kühn sein, denken, wollen, wagen!*

W. W. MAJAKOWSKI



Ausgabe 49 - November 2020

Inhalt

Die Meinung der Basis ist offenkundig nicht gefragt!	1
Friede und Freundschaft mit Russland, ein Gebot der Stunde	3
Aus aktuellem Anlass	4
In eigener Sache	6

Die Meinung der Basis ist offenkundig nicht gefragt!

von Reiner Kotulla

Das stellt der Bundessprecherrat der Kommunistischen Plattform der Partei DIE LINKE am 30. Oktober 2020 fest. Bevor ich ihn weiter zu Wort kommen lasse ein paar klärende Worte.

Im noch gültigen Programm der Partei DIE LINKE heißt es:

„(...) für Frieden und Abrüstung, gegen Imperialismus und Krieg, für eine Welt ohne

*Massenvernichtungswaffen, ein Verbot von Rüstungsexporten sowie die Umwandlung von Rüstungsindustrie in zivile Produktion, d. h. die Förderung von Rüstungskonversion. **DIE LINKE wird niemals einer deutschen Beteiligung an einem Krieg zustimmen.** Krieg löst kein Problem, er ist immer Teil des Problems. Die*

Bundeswehr muss aus allen Auslandseinsätzen zurückgeholt werden.“ Und weiter: „Für DIE LINKE ist Krieg kein Mittel der Politik. Wir fordern die Auflösung der NATO und ihre Ersetzung durch ein kollektives Sicherheitssystem unter Beteiligung Russlands, das Abrüstung als ein zentrales Ziel hat.“

Die Aussagen gipfeln schließlich in der Entscheidung: **„An einer Regierung, die Kriege führt und Kampfeinsätze der Bundeswehr im Ausland zulässt, die Aufrüstung und Militarisierung vorantreibt, (...) werden wir uns nicht beteiligen.“**

(DIE LINKE, 2. Parteitag, 2. Tagung, Erfurt, 21. bis 23. Oktober 2011, Programm der Partei DIE LINKE)

Ich erinnere mich an die Diskussion des Programmentwurfs vor dem damaligen Parteitag.

Da war der Absatz, „Wir fordern die Auflösung der NATO“ umstritten. Wer soll denn die NATO auflösen? fragte ich mich. Gregor Gysi setzte diese Formulierung seiner Zeit durch, wissend, wie er später zugab, dass das völlig unrealistisch sei. Damit war der realistischere Vorschlag „Austritt aus der NATO“ abgeschmettert. Nun zur Einschätzung des Bundessprecherrates der KPF zu gegenwärtigen Diskussionen in der Linken:

„Bekanntermaßen beschloss der Parteivorstand – in Übereinstimmung mit Präsidiumsmitgliedern des Bundesausschusses und den Landesvorsitzenden – am 27. Oktober 2020 einstimmig, den Einberufungsbeschluss des Erfurter Parteitages

aufzuheben und damit den Parteitag auf unbestimmte Zeit zu verschieben. Darüber ließe sich streiten. Aber wir respektieren diese einhellig getroffene Entscheidung. Unser Problem ist somit ein anderes: Ohne, dass ein Parteitag stattgefunden hat, ohne, dass der Leitantrag beschlossen wurde, – und der vorliegende ist der schlechteste nicht – ohne dass der neue Vorstand gewählt werden konnte, werden beinahe täglich von führenden Genossinnen und Genossen Erklärungen abgegeben, als habe DIE LINKE einen programmatischen Richtungswechsel vollzogen. Susanne Hennig-Wellsow (Sie ist seit 2013 Landesvorsitzende von Die Linke Thüringen und seit 2014 auch Fraktionsvorsitzende im Thüringer Landtag. rk.) suggeriert gar, rote Haltelinien würden in einem Wahlprogramm beschlossen – oder eben auch nicht! Gemeinsam mit anderen Protagonistinnen und Protagonisten der LINKEN orientiert sie auf eine rot-rot-grüne Koalition im Bund. Über den Preis wird – trotz entsprechender, klarer Forderungen im Februar 2020 auf der Strategiekonferenz in Kassel – nicht geredet. Weder von ihr, noch von Katja Kipping, Gregor Gysi, Dietmar Bartsch, noch von anderen. Und die Meinung der Basis ist offenkundig nicht gefragt. Das ist unser Hauptproblem. (...) Wir fordern den Respekt aller Mitglieder der LINKEN vor dem geltenden Parteiprogramm.

(Bundessprecherrat der KPF, 30. Oktober 2020)

Dem ist nichts mehr hinzuzufügen.

Friede und Freundschaft mit Russland, ein Gebot der Stunde

von Reiner Kotulla

Warum ist es so wichtig, dass Sozialisten und Kommunisten in Deutschland dafür eintreten, dass von deutschem Boden nie wieder Krieg ausgeht?

Weil deutsche Regierungen und die Herren hinter ihnen schon zweimal im vergangenen Jahrhundert an Kriegen gegen Russland und die Sowjetunion beteiligt waren. Das letzte Mal mit dem Ziel, Millionen Menschen dort zu versklaven und zu vernichten, das Land auszurauben.

Beim dritten Versuch wäre ihnen das beinahe sogar „friedlich“ gelungen, hätte nicht Wladimir Putin den Suffkopp Jelzin daran gehindert, Russland an das US-amerikanische und europäische Monopolkapital zu verhökern.

Nun bemüht sich die deutsche Regierung, an der Spitze der Scharfmacher Außenminister Maß, die Köpfe der deutschen Bevölkerung derart zu vernebeln, dass sie glaubt, an allen Konflikten, und dies nicht nur in Europa, sei Putin schuld, der selbst vor dem Vergiften unliebsamer Konkurrenten nicht Halt mache.

Ukraine, Krim, Syrien, Belarus seien als Beispiele dafür genannt.

Wir wissen aus der Vergangenheit, dass derartige Hasskampagnen immer zum Krieg führten, denn den trägt der Kapitalismus ja in sich, wie die Wolke den Regen (vgl. Jean Jaurés).

Auch wenn Russland jetzt ein kapitalistisches Land ist, so rückt doch die NATO, wider aller gegebenen Versprechungen und Zusagen, ständig näher an die russische Grenze heran. Damit drängen sich historische Parallelen auf!

Alle Vorschläge der Sowjetunion, ein System der kollektiven Sicherheit in Europa zu schaffen, wurden in den dreißiger Jahren des letzten Jahrhunderts von den Westmächten abgelehnt, sodass nur noch ein Nichtangriffsvertrag mit dem faschistischen Deutschland dem Riesenland Zeit gab, sich auf den zu erwartenden Vernichtungskrieg vorzubereiten.

Doch noch scheint es nicht gelungen, den Hass der Menschen in den EU- und NATO-Ländern auf Russland so stark zu schüren, dass man sie widerstandslos in den Krieg treiben könnte. Und auch ein geeigneter Anlass zum Waffengang scheint noch nicht gefunden zu sein.

Wir erinnern uns, der Überfall deutscher SS-Männer in polnischen Uniformen auf den Sender Gleiwitz am 31. August 1939 war der Auslöser für Hitlers Worte: „Seit 5:45 Uhr wird jetzt zurückgeschossen! Und von jetzt ab wird Bombe mit Bombe vergolten!“

Hier der Film:

(<https://archive.org/details/DerFallGleiwitzDDRSpielfilmPropaganda>)

Die gegenwärtig angespannte Situation in Belarus könnte zu einem solchen Vorwand führen. Da gibt es die gemeinsame Grenze zwischen Polen, Litauen und Weißrussland. Ein Leichtes für EU oder US-Geheimdienste, an ihr eine Provokation zu inszenieren, die den sogenannten „Bündnisfall“ der NATO auslösen würde.

Russland, seinerseits an einen Vertrag mit Belarus gebunden, müsste dann dem Partner zur Seite stehen.

Diesem erneuten Waffengang nach Osten steht aber vor allem eines im Wege, die mangelnde Bereitschaft Millionen deutscher und anderer NATO Soldaten, ihr Leben im eisigen russischen Winter aufs Spiel zu setzen.

Die heutigen Kriegstreiber mögen sich daran erinnern, dass es der sowjetischen Führung unter J. W. Stalin gelungen war, den Großen Vaterländischen Krieg zu organisieren, der den Gegnern das Fürchten lehrte und schließlich zum Sieg über den deutschen Faschismus und Imperialismus führte.

Ich jedenfalls erinnere mich noch daran, als mein Vater auf meine damals kindliche Frage nach dem Warum des Krieges antwortete:

„Reiner, was sollten wir tun? Da warteten diese vertierten, jüdisch-bolschewistischen Untermenschen nur darauf, uns Deutsche auszulöschen.“

Aus aktuellem Anlass

Hier drucken wir einen Artikel von Arnold Schölzel aus der jungen welt vom 7./8. November 2020.

Schicksalsgemeinschaft

Motive für individuellen Terror bleiben im Dunkeln, zumal, wenn die Attentäter im Grunde Jugendliche sind. Der Antrieb für Staatsterrorismus ist dagegen für alle sichtbar: Es sind Charakter und Interessen jener Staaten, die ihn verüben, und jener, in denen ein Regime-Change damit herbeigeführt werden soll. In den Leitmedien geht es umgekehrt zu: Nach solchen Attentaten wie in Dresden, im Pariser Vorort Conflans-Sainte-Honorine, von

Deshalb müssen Kommunisten und Sozialisten, ungeachtet unterschiedlicher Einzelpositionen, über die Machenschaften der Kriegsbefürworter in Brüssel und Washington aufklären und ihre Stimme erheben gegen die in Wort und Tat feindliche Politik gegenüber Russland.

Deshalb darf es für Sozialisten und Kommunisten hier in Thüringen und anderswo keine Regierungszusammenarbeit mit Kriegsparteien im Deutschen Bundestag geben.

Vergessen wir nicht, dass uns Deutsche in erster Linie die Sowjetarmee unter riesigen eigenen Opfern 1945 befreit und den Frieden gebracht hat. Vergessen wir nicht, dass der imperialistische Schoß aus dem der faschistische Krieg kroch, immer noch fruchtbar ist, und dass diejenigen Kapitalgruppen, die einen Krieg wollen, nichts unversucht lassen werden, so viel Hass auf den potentiellen Kriegsgegner zu erzeugen, wie notwendig ist, damit Menschen bereit sind, in diesen Krieg zu ziehen.

Nizza und Wien wissen deren Kommentatoren genau – dahinter steckt der Islam. Das wäre so, als ob jemand behaupten wollte, die nun 19 Jahre dauernde deutsche »Landesverteidigung am Hindukusch« habe einen christlichen Hintergrund. Der Feldzug forderte allein bei dem Massaker auf Befehl eines inzwischen zum General beförderten deutschen Offiziers im Jahr 2009 weit mehr als 100 Tote. Dafür aber gilt: Erwähnen Sie nicht »unsere«

Kriege und schon gar nicht Kriegsverbrechen. Von Staatsterrorismus schreibt in Bürgermedien ohnehin niemand.

So geschieht es auch nach den jüngsten Attentaten. Zwischen dem in Österreich geborenen und aufgewachsenen 20jährigen Attentäter von Wien und den Kopfab-schneiderbanditen des »Islamischen Staats« (IS) ist vor allem ein Whatsapp-, Facebook- oder Instagram-Zusammenhang belegbar. Welch Zufall, dass es sich ausschließlich um US-Überwachungskonzerne handelt, die als Außenstellen des Pentagon und der US-Geheimdienste fungieren. Ähnlich sieht es bei den anderen Mordaktionen der vergangenen Tage aus. Das Schweigen vom Krieg und von den bluttriefenden Internetmonopolen, die regelmäßig auch von Faschisten genutzt werden, ist erste Voraussetzung für die Kommentierung der Taten im gehobenen Journalismus – von FAZ bis Süddeutsche und Tagesspiegel. In der FAZ konstatiert z. B. deren Außenpolitikchef, Klaus-Dieter Frankenberger, am Mittwoch »Bestürzung« nach dem Anschlag von Wien, die »von London sogar bis nach Moskau« reiche. Obwohl Moskau, soll das »sogar« offenbar andeuten, kaum zur Zivilisation zählt. Wahrscheinlich, weil es keine Kampfgruppen wie Mudschaheddin, Al-Qaida oder IS gepöppelt hat. Das besorgen allein USA, NATO und die brutalen Feudalreiche am Golf seit 40 Jahren. Was im Kampf gegen die Sowjetunion begann, setzte sich nach 1990 gegen Russland im Kaukasus, gegen Syrien und Libyen fort. Frankenberger genügt aber Bestürzung nicht, er verlangt wie Angela Merkel »ge-

meinsamen Kampf«, eine EU-»Schicksalsgemeinschaft«. Die Tatsache, dass die EU-Staaten im Kielwasser der USA seit Jahrzehnten einen Feldzug nach dem anderen führen, lässt er großzügig weg. Diese Schicksalsgemeinschaft kämpft permanent und hat z. B. kein Problem damit, den saudisch geführten und finanzierten IS als Bodentruppe gegen Libyen und Syrien einzusetzen. Und: Warum sollte sich der NATO-Muslimbruder Recep Tayyip Erdogan heute scheuen, Kopfabhacker in den Krieg um Berg-Karabach zu schicken?

In Texten wie denen Frankenbergers kommt das nicht vor. Er jammert die EU à la AfD oder Pegida zum Opfer hoch. Daher: »kein Land darf mit dieser Bedrohung allein gelassen werden«, der Austausch der Sicherheitsbehörden »muss noch intensiver werden« usw. Wie wär's zunächst mit einer Zerschlagung von Facebook und anderen US-Propagandakonzerne für Hetze und Mordaufrufe?

Es darf geraten werden, warum weder Krieg noch die US-Hetzmaschinerie in Bürgermedien vorkommen, wenn es um Terror geht. Des Rätsels Lösung liegt darin, dass »Qualitätszeitung« und Hassmaschine Kriegsmedien in Arbeitsteilung sind: Sie verbinden das Schweigen über Angriffskriege mit der rassistischen Mobilisierung gegen deren Opfer. FAZ, Facebook und Co. sind wahrhaft eine Schicksalsgemeinschaft.

In eigener Sache

Wir, die Redaktion des „rotinfo sonneberg“, erklären:

- Das „rotinfo sonneberg“ ist keine Onlineplattform.
- Wenn wir schreiben, „Und wie immer hoffen wir auf Eure Meinung“, meinen wir Lesermeinungen zu Texten in unseren Ausgaben.
- Der Umfang eines Leserbriefes ist im Impressum angegeben.
- Und natürlich muss die Meinung der Leserbriefschreiber nicht die der Redaktion sein.

Seit Kurzem versenden wir unser „rotinfo sonneberg“ auch per Post an Freunde und Genossen, die keinen Internetanschluss besitzen. Dadurch entstehen uns Druck- und Portokosten. Deshalb sind uns Spenden willkommen.

Spendenkonto: Reiner Kotulla, IBAN: DE53 5155 0035 0027 3107 88

Alle Ausgaben des rotinfo sonneberg hier im Archiv:

<https://thueringen.dkp.de/rotinfo-sonneberg/>

Weitere Informationen finden sich auf den Webseiten
der Wochenzeitung „unsere Zeit“

<http://www.unsere-zeit.de/>



Impressum

rotinfo sonneberg, Hrsg.: DKP-Grundorganisation Sonneberg, Karlstraße 33, 96515 Sonneberg. V.i.S.d.P: Brigitte Dornheim, Reiner Kotulla. Erscheint unregelmäßig.

Leserbriefe, Anfragen, Artikelvorschläge (bis 3000 Zeichen mit Leerzeichen) an:

E-Mail: rotinfo-sonneberg.de oder reiner.kotulla@t-online.de

Wenn Du uns schreibst „Bitte nehmt mich aus dem, bzw. in den Verteiler“, kommen wir dem sofort nach.